Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 20

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Britisch-türkisches Abkommen.

Mit dem Abschluß des vorläufigen Abkommens zwischen den Engländern und den Türken, dem nach Klärung der Sandschakfrage ein französisch-türkisches folgen wird, haben die demokratischen Mächte einen Vorsprung gewonnen. Und zwar einen Vorsprung, der vielleicht diesen nun schon Jahre dauernden „Krieg ohne Kanonen" entscheiden wird. Vor allem für Italien stellt sich heute die Frage, wie weit es die Partie schon verloren habe. Und ob es nicht geraten wäre, sich nicht zu weit ins Netz unabwerfbarer Verpflichtungen Deutschland gegenüber zu begeben.

Das wichtigste an den Abmachungen, die vom türkischen Parlament einstimmig angenommen wurden, betrifft die Ausdehnung auf das ganze Mittelmeer. Neben den griechischen stehen nun auch die türkischen Häfen den Flotten Englands und Frankreichs zur Verfügung. Die italienische Stellung auf dem griechischen Dodekanes kann umzingelt werden. Saloniki, das Sprungbrett für den Vormarsch auf Konstantinopel, kann nicht mehr von Albanien und Leros aus in die Zange genommen werden.

Ferner: Den westlichen Flotten stehen nun auch die Dardanellen offen. Die Verbindungslinien zwischen Rumänien und Rußland auf der einen, zwischen den Türken und den Westmächten auf der andern Seite sind frei; England kann sein Hilfeversprechen realisieren. Rußland kriegt eine Garantie, auf die es gewartet: Die britische Hilfe hängt nicht nur mehr in der Luft.

Um zu verstehen, was die Dardanellen in den Händen der britischen Machtgruppe bedeuten, muß man sich an den Weltkrieg erinnern; die Unterbrechung dieses Weges durch die Türken und Deutschen wurde eine der wichtigsten Ursachen des russischen Zusammenbruchs; der Austausch französischer Spezialwaffen und -truppen gegen russische Rohstoffe und Lebensmittel verhinderte den Kräfteausgleich zwischen beiden Fronten; der „deutsche Sieg im Osten" wurde Tatsache. Kommt es diesmal zum Krachen, dann müßte zuerst ein siegreicher deutscher Vorstoß über den Balkan hinweg die Meerstraßen abriegeln; die Türken aber, neben den Jugoslaven immer noch die besten Soldaten des Südostens, würden sich wehren und deutsche und italienische Kräfte in einem Maße binden, das die Achsenmächte nicht ertrügen.

Der Anschluß der Türken an den Westen hat den im „Balkanbund" vereinigten Staaten, aber auch dem abseits stehenden Bulgarien gezeigt, wie man in Ankara die Chancen beider Machtgruppen einschätzt. Das wird ihre eigenen Rechnungen beeinflussen, wenn nicht entscheidend bestimmen. England möchte diese Ueberlegungen so rasch als nur möglich auswerten. Die Bulgaren müßten von allen Hoffnungen kuriert werden, als ob ihnen die Deutschen oder Italiener die Dobrudscha und Mazedonien schenken würden. Auch sie müssen, soll der Erfolg vollständig sein, auf die Wiederholung des Abenteuers von 1915 verzichten. Damals halfen sie die serbische Armee vernichten. Damals gaben sie den Deutschen den Weg nach Konstantinopel frei. Und schließlich halfen sie bei der Umzingelung und Erdrosselung Rumäniens mit. Diesmal wissen sie, daß die Türken in ihrem Rücken stehen. Die Engländer wollen die Rumänen bestimmen, wenigstens die rein bulgarische Süddobrudscha abzutreten. Sie drücken mit gleicher Stetigkeit auf die Griechen, um einen ägäischen Hafen für Bulgarien zu sichern.

Jugoslavien wird geschont, um es nicht endgültig ins Achsen-Lager zu treiben. Denn noch ist es nicht zu Hitler übergegangen. Es befolgt die gleiche Politik wie Polen vor der deutschen Provokation: Es versucht „neben den Wölfen zu leben". Regierungserklärungen verkünden, man möchte in Belgrad am liebsten neutral bleiben. Man darf diese Erklärungen als Antwort auf das Türkenabkommen auffassen . . . oder als Absage an die Achse. Die Neutralität kann freilich Italien und Deutschland soweit genügen, als die serbischen Produkte, wenn auch nicht die Armeen, verfügbar bleiben.

Das große Fragezeichen aber bleibt Italien. Die Differenzen zwischen Berlin und Rom wegen der aufgerollten polnischen Frage bestehen nach wie vor. Man hat sie auf der Mailänderzusammenkunft der beiden Außenminister Ciano und Ribbentrop drastisch zu lösen . . . oder zu übertünchen versucht, indem der Welt mitgeteilt wurde, daß man ein deutsch-italienisches Militärbündnis abgeschlossen habe. Selten verfehlte eine Mitteilung so sehr die Wirkung, die sie haben sollte. „Ein ohnehin bestehender Zustand", stellte man in Paris und London fest. Und erinnerte daran, daß auch anno 1914 ein solches Bündnis bestanden habe, und daß Italien trotzdem nicht marschierte, weil es seiner geographischen Lage nach nicht marschieren konnte. Und daß ihm schließlich nur der „Treubruch" übrig blieb.

Es heißt heute, die beiden Diktatoren hätten beschlossen, „zusammen zu schwimmen oder unterzugehen". Noch im Mai werde der Militärpakt unterzeichnet. Er werde eine Ueberraschung bringen, an die man bei den Westmächten nicht gedacht: „Die deutsch-italienische Armee". Immerhin sei man noch nicht über alle Einzelheiten, vor allem nicht über die Aufteilung des Felles „Balkan" einig. Das Reich bedrohe die italienische „Vorherrschaft" in Jugoslavien und Ungarn. Mögen die Gerüchte recht haben oder nicht: Italien wird an den Scheideweg gedrängt. Je schwieriger seine Position zwischen den Türken und Briten geworden, desto abhängiger wird es von Berlin, wenn es sich der Achse verschreibt.

Zum ersten Mal wird die Frage laut, was die Gegenspieler in Italien, die Kreise um den Kronprinzen, zur Auslieferung an Deutschland sagen. Sie können sich auf eine mächtig ausgebreitete antideutsche Volksstimmung in Oberitalien stützen. Der Vatikan und der untergründig mächtige politische Katholizismus steht auf ihrer Seite. Unter Umständen sogar der Duce, der sich von Ciano und seiner Tochter Edda weiter manövrieren ließ, als ihm selbst lieb war.

Die Forderungen der Russen.

Es ist außerordentlich billig, mit dem Begriff des „perfiden Albion" zu operieren und den Engländern vorzuwerfen, sie zerstörten durch ihre Hinterhältigkeit und Knickerigkeit die Chancen, ein lückenloses Sicherheitssystem aufzubauen; England hat weiter als nur gerade bis „Hitler" zu denken. Nach Hitler und dem Nationalsozialismus geht die Weltgeschichte weiter, und wie wird sie sich entwickeln, wenn die Profiteure des gegenwärtigen Handels allenfalls die Russen sein sollten? Das „bolschewisierte Deutschland" ist es nicht, was London wünschen kann. Paris noch weniger! Und kein Staat im Osten und Westen! Und dies ist der Grund, warum man sich sträubt, Stalin alle Vollmachten zu geben, die er verlangt.

Auf den ersten Blick scheint es, als ob Rußland gar keine derartigen gefährlichen Ermächtigungen erstrebe. Die Ablehnung der britischen Vorschläge durch Moskau wird sogar damit begründet, daß es England sei, welches sich nur ungenügend binde und verpflichte. Moskau werde die Garantierung Polens und Rumäniens übernehmen. Aber es sei keine Frage, daß Großbritannien für den Fall, daß Rußland in Ausführung seines Garantieversprechens mit Deutschland in einen Krieg verwickelt werde, seinerseits zu Hilfe kom-

men müßte. Und bisher habe es keinerlei solche Hilfe versprochen. Man sieht, die Russen fürchten immer noch, oder tun so, als ob sie immer noch fürchteten, in den „deutschen Krieg" hineinmanövriert und dann im Stich gelassen zu werden. Selbstverständlich sei das dieselbe Perfidie, wie ein Versuch Rußlands, den Westen auf Deutschland zu hetzen und beide verbluten zu lassen.

Damit beide, der Westen wie Rußland, vor solch tückischen Versuchen bewahrt bleiben, schlägt darum Stalin ein totales Bündnis mit allseitigen Verpflichtungen vor; die Truppen-, Luft- und Wasserflotten beider Seiten inbegriffen, wären überall da einzusetzen, wo die Lage dies erfordern sollte. Russische und britische Bomber über Berlin, britische Kriegsschiffe vor Königsberg, russisch-polnische Dampfwalze über Ostpreußen, oder, wenn Deutschland den Korridor überrennt, in Posen und an der Weichsel . . .

Die Chancen der Russen sind nach Litwinows Abgang gewaltig gewachsen. Sie erhalten zweifellos die gewünschte „umfassende Zusammenarbeit". Freilich hat ein solches Abkommen für die Engländer den Sinn, vor solcher Zusammenarbeit bewahrt zu bleiben! Es soll die Deutschen mit oder ohne Hitler überzeugen, wie ernst ihre Lage geworden, wie aussichtslos ein Zweifrontenkrieg, und wie notwendig ihre Umkehr. Die letzte Rede Daladiers vor der Kammer, Chamberlains vor den konservativen Frauen in Albertball, und Bonnets in Southampton wiederholten mit betonter Deutlichkeit die britisch-französische Entschlossenheit, zu marschieren, sobald Deutschland die in Danzig gesteckten Warnungstafeln umwerfe und handle. Vielleicht werden die Aufforderungen an die Deutschen, auch ohne ihren Führer vernünftig zu werden, künftig noch deutlicher!

Aufmarsch für den 4. Juni.

Wie vor allen größern Abstimmungen tröpfeln an den vorausgehenden Sonntagen die Resolutionen verschiedener politischer Parteien und mehr oder weniger unpolitischer Verbände für und gegen die Vorlagen, über die das Volk zu entscheiden hat. Was am 4. Juni entschieden werden soll, wissen wir schon; wir glaubten auch zu wissen, daß die ausgegebenen Parolen fast durchs Band weg Ja heißen würden. Und zwar nicht der „Arbeitsbeschaffung" und nicht der „vermehrten Landesverteidigung" wegen, sondern weil wir in ernster Zeit leben. Vielleicht sogar in der ernstesten Zeit, die unser Staat überhaupt erleben kann und erlebt hat; von den Gründungsjahren an bis in die Gegenwart gab es wohl innere und äußere Krisen; wir hatten die Grenzen zu besetzen, hatten mächtigen ausländischen Regierungen zu trotzen . . . wir hatten im Innern Gegensätze zu überbrücken, die bis zur Zerreißung in Klassenfronten und Sprachenlager auszuarten drohten . . . nie zuvor aber wurde durch neue Ideologien unser ureigener Bestand in Frage gestellt, wurde der Sinn unserer Existenz angezweifelt, wurde im Namen völkischer Rechtstitel das als veraltet bezeichnet, was uns immer noch als natürliche eigene und zugleich als „europäisch-zukünftige" Grundlage erscheint. Im Namen dieses „Besondern, Eidgenössischen" wird das Volk aufgerufen, am 4. Juni Ja zu sagen, damit unsere Wehrbereitschaft in jeder Hinsicht auf die Höhe gebracht werden könne. Und im Namen der geistigen Einheitlichkeit und Bereitschaft soll Arbeit beschafft werden, damit auch die Untersten, die Belasteten die Solidarität des gesamten Volkes als Tatsache erleben.

Man kann notieren, wie die Voten fallen: Am letzten Sonntag beschlossen z. B. die solothurnischen und die thurgauischen Freisinnigen, die Jungbauern, der Kaufmännische Verein, der freisinnig-demokratische Presseverband, der Gewerkschaftsbund Zustimmung; wichtigere und weniger wichtige Organisationen gingen voran, oder werden folgen; man hat den Eindruck, daß heute schon die von unserer obersten Behörde verlangte Ja-Parole durchdringen werde; die Stimmung im Lande ist sozusagen einheitlich; mancher unpolitische Mann wird sogar auf den Gedanken kommen, seine Stimme sei überflüssig, durchfallen könne der Bundesrat mit seiner „Gefolgschaft sämtlicher Parteien" und mit dem Gespenst des Krieges im Rücken ohnehin nicht mehr, und ein verspäteter Maibummel lasse sich entschuldigen. Die wenigen Querköpfe, die Unverbesserlichen würden diesmal ja sicher nicht ins Gewicht fallen.

Wir haben uns ohnehin zu merken, daß auch das Ausland unsere Abstimmungszahlen wägen wird. Je höher der Prozentsatz der Wähler, der zur Urne geht, und je höher die Zahl der Annehmenden, desto deutlicher merken sie jenseits der Grenzen, daß wir zu jedem Opfer entschlossen sind, um unsere Existenz zu wahren. Das ist das eine. Das andere: Auch das Ausland errechnet aus der Zahl der verwerfenden Stimmen die Lücken in unserer „Einhelligkeit", dividiert aus verwerfenden Städten, ja aus Quartieren die Orte der Unzufriedenheit, die frondierenden Schichten. Und wenn der Entscheid sich ausbeuten läßt als Beweis für die Handlungsfähigkeit der Demokratie, dann wird diese Ausbeutung nicht unterbleiben!

Es ist nicht gut, daß gerade in Basel sich die kleine, aber finanziell äußerst mächtige „liberale Partei" bestimmen ließ, die Verwerfungsparole auszugeben. Die zu erwartenden offenen und anonymen Widerstände in den entsprechenden welschen Zentren sind auch nicht gut. Am meisten aber bemüht einen die sture Haltung einiger welscher Genossenschaften, die nicht verstehen wollen, was es heißt: Arbeit schaffen!

Wehrmann und Arbeitsstelle.

Der Bauer, der seinen Militärdienst leistet, riskiert nicht, seinen Hof zu verlieren . . . unter normalen Umständen wenigstens. Der Freierwerbende, sofern er anständig fundiert ist, kann seine obligatorischen Wochen oder Monate absolvieren, ohne großen Schaden zu tragen. Es liegt wahrscheinlich an dieser bevorzugten, von den Nachteilen nicht so berührten Stellung des „Selbständigen", daß bis heute das alte Klagelied über die Nachteile der Militärpflicht für die Angestellten und Arbeiter nicht verstummt. Wie soll's der Bauer wissen, was der kurzfristig Angestellte durchmacht, wenn er weiß: „Nun gibt's wieder Dienst . . . und das heißt Entlassung . . .!" Er selbst wird ja seinen Knecht, der in den Wiederholungskurs muß, nicht hinauswerfen . . . schon gar nicht, wenn der Knecht etwas taugt! Und der Bauernknecht hat gar nichts gegen „Ferien in der Montur" einzuwenden.

An der Tagung des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins in Zürich konnte man vernehmen, welches die Wünsche dieser Kreise sind: Vergütung des vollen Gehalts während des obligatorischen Militärdienstes. Bevorzugung Wehrpflichtiger vor Untauglichen durch die Arbeitgeber. Unterdrückung der Kündigung eines Dienstverhältnisses wegen obligatorischen Dienstes. Es gibt wohl kaum eine Gruppe unselbständig Erwerbender, die ihre Forderungen viel anders formulieren würde als die Leute des KV.

Da sich der Nationalrat mit dem Gegenstand befassen wird, sind sicherlich in den nächsten Monaten allerhand Aeußerungen über die Frage zu erwarten. Vor allem werden auch die Arbeitgeber sich melden. Manchem von ihnen wird die Vorstellung, einen im Dienst abwesenden Angestellten voll entlöhnen und dazu einen Ersatz zu besolden, als „Zumutung" vorkommen. Und sich vorschreiben zu lassen, Dienstpflichtige ebensofähigen Dienstfreien vorzuziehen, das wird er nicht! Mit dem Kündigen . . . wenn man zufrieden ist, behält man seinen Angestellten. Da gibt's doch nichts zu reden!

Wir sind der Meinung, eine paritätische Kasse, von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Bund und vielleicht sonstwoher gespeist, zur Vergütung der Lohnausfälle von Wehrmännern . . .

—an—